



schriftliche Antwort zur Anfrage-Nr. VII-EF-08530-AW-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:
Dezernat Stadtentwicklung und Bau

Betreff:
ÖPNV-Gipfel

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Ratsversammlung

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

17.05.2023

Zuständigkeit

schriftliche
Beantwortung

Sachverhalt

- 1. Warum wurde die Petition des 3er Betriebsrates LSVB, LeoBus, LVB bzw. des Konzernbetriebsrates der LVB-Gruppe bis heute nicht auf die Tagesordnung der Ratsversammlung gesetzt?**

Für die Petition VII-P-07961 wurde ein Verwaltungsstandpunkt erstellt und für die heutige Ratsversammlung (17.05.2023) zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung gesetzt. Für die Erarbeitung des VSP und die Beantwortung der Petition war es notwendig, zunächst Abstimmungen auf unterschiedlichen Ebenen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Stadtverwaltung zu führen und entsprechende Zuarbeiten einzuholen.

- 2. Steht die Stadt Leipzig hinter den Forderungen unserer Petition?**

Die Anliegen der Petenten hinsichtlich eines abgestimmten Vorgehens der Bundes-, Landes- und kommunalen Politik zu den Themen Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende sowie Digitalisierung, sowie zu einer nachhaltigen und auskömmlichen Finanzierung des ÖPNV, wird von der Stadt Leipzig ausdrücklich unterstützt.

- 3. Inwieweit wurden die Forderungen aus unser Petition schon durch Vertreter der Stadt Leipzig gegenüber Bund und Land vorgetragen und welche Reaktionen erhielt sie daraufhin?**

- 4. Ist die Stadt Leipzig bereit zeitnah, ggf. gemeinsam mit anderen Kommunen, zu einem ÖPNV-Gipfel, wenn der Bund weiterhin nicht handelt, einzuladen?**

Die Stadt Leipzig handelt bspw. durch die Umsetzung ihrer Mobilitätsstrategie 2030 bereits im Sinne der Petition, steht für Gespräche mit dem Bund und dem Land jederzeit zur Verfügung und setzt sich auch über Gremien wie den Deutschen Städtetag für weitere gemeinsame Gespräche ein. Mit Blick auf die kommenden Jahre bedarf es dringend Klarheit über die Finanzierung des ÖPNV. Einem ÖPNV-Gipfel mit Bund, Land und DST könnte hierbei einen wichtigen Beitrag leisten.

Darüber hinaus hat die Stadt dem Freistaat Sachsen aufgezeigt, in welcher Höhe

bereits Kostensteigerungen bei der LVB aufgelaufen sind, welche finanziellen Risiken bestehen, welche enormen finanziellen Mittel die Stadt zur Unterstützung des Verkehrsunternehmens aufwendet und dass es auch weiterhin Mittel von Bund und Land als wesentlichen Bestandteil der Gesamtfinanzierung des ÖPNV braucht.

Der Freistaat verwies auf die zusätzlichen Regionalisierungsmittel von Bund und Land für die Jahre 2022 und 2023. Damit wird auf die allgemeine Preissteigerung im ÖPNV reagiert. Weiterhin befindet sich das Land Sachsen aktuell in einem Prozess, in dem die grundsätzlichen Belange des ÖPNV, Verteilmechanismen, Regelwerke und Verordnungen einer umfassenden Prüfung unterzogen werden. Die Stadt Leipzig steht dabei im kontinuierlichen Austausch mit dem Freistaat Sachsen.

Anlage/n
Keine